

punkt

September/Oktober 2003
12. Jahrgang Ausgabe 60



Das Magazin aus Berlin für den EU-Arbeitsmarkt und die Förderung durch den Europäischen Sozialfonds

Achtung, exklusiv im punkt:

Die nEUen kommen ...

Teil 1 Malta – Perle im Mittelmeer



3

pro & kontra –
Genossenschaften



11

YOU 2003
Lifeacts und Ausbildungsinfos



12

Projektwoche –
Europa in Schulen



Inhalt

3 Projekte in Berlin

*Beschäftigungsorientierte
Genossenschaften*
– So werden sie gefördert

4 Projekte in Berlin

*Beschäftigungsorientierte
Genossenschaften*
PRO: Stadtteilgenossenschaft
in Wedding

6 Projekte in Berlin

*Beschäftigungsorientierte
Genossenschaften*
KONTRA: Künstliche Gebilde

8 EU-Erweiterung

Die nEUen: Malta

11 Europa in Berlin

Jugendmesse YOU 2003
am Funkturm

12 Europa vor Ort

Europa-Projektwoche
in der Grundschule

14 Kurzpunkte

- 10 Jahre Freiwilliges
Ökologisches Jahr
- Europäer leben länger

16 Schlusspunkt

- *Buchbesprechung:*
*Rechte und Pflichten kommunaler
Aufsichtsratsmitglieder*
- *Zu Recht gefragt:*
Gerichtsstand im Arbeitsrecht



Kontakt: Günter Verheugen
Mitglied der Europäischen Kommission
Rue de la Loi 200 / Wetstraat 200
1049 Brüssel / BELGIEN
Tel. : +32-2-298 11 00
Fax: +32-2-298 11 99
Guenther.Verheugen@nec.eu.int



Von Günter Verheugen

Neue Chancen für Europa

In weniger als einem Jahr wird die Europäische Union zehn neue Mitglieder aufnehmen. Das ist ein wesentlicher Schritt zur Einigung Europas und zur Sicherung von Frieden, Stabilität und Chancengleichheit auf einem großen Teil unseres Kontinents. Die künftigen Mitgliedstaaten haben dafür den Weg bereitet: Seit der Öffnung des eisernen Vorhangs arbeiten die Menschen dort unbeirrt daran, dass ihr Land auf eine Zukunft in der Europäischen Union gut vorbereitet ist. Schwierige und einschneidende Reformen wurden durchgeführt und beachtliche Erfolge in relativ kurzer Zeit erzielt. Bereits heute sind die Beitrittsländer stabile Wachstumsmärkte. Ihr wirtschaftlicher Erfolgskurs wird sich nach der Erweiterung fortsetzen. Allein für die kommenden zehn Jahre werden ihnen durchschnittliche Wachstumsraten von stabil etwa sechs bis sieben Prozent prognostiziert. Gleichwohl wird die Aufholjagd lang dauern. Entscheidender ist jedoch, dass die Menschen den Aufwärtstrend spüren und eine Zukunft für sich im eigenen Land sehen.

Die erweiterte Europäische Union birgt nicht nur für die neuen Mitglieder, sondern auch und gerade für Deutschland große Chancen: vor allem die deutsche Wirtschaft kann davon profitieren, da die Wachstumsmärkte direkt vor ihrer Haustür liegen. Schon heute sind die künftigen Mitgliedstaaten wichtige Export- und Importpartner der deutschen Industrie. Der seit Jahren unbeschränkte Handel trug zu Wohlfahrtseffekten in Deutschland bei und sichert be-

reits jetzt mehr als 100.000 deutsche Arbeitsplätze.

Durch diese im Vorbeitrittszeitraum erreichte weitgehende Öffnung der Märkte und Wirtschaften werden die unmittelbaren Effekte der Erweiterung sehr gering ausfallen. Zudem wurden im Erweiterungsprozess Übergangsregelungen vereinbart, um erkannte Risiken zu begrenzen. Dies betrifft vor allem die Arbeitnehmerfreizügigkeit und für Deutschland und Österreich auch bestimmte Teile der Dienstleistungsfreiheit.

Danach werden alle EU Staaten bis zu 7 Jahre allein entscheiden können, wie sie den Zugang von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten zu ihren Arbeitsmärkten regeln. Diese Regelung ist so flexibel, dass sie einerseits jedem Land Risikovorsorge erlaubt, aber auch ermöglicht, die aufgrund der demographischen Entwicklung notwendige Zuwanderung zu steuern.

Mit der Erweiterung um zunächst mehr als 75 Millionen Bürger entsteht der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum der Welt, der gleichzeitig gemeinsamen Werten und Zielen verpflichtet ist. Damit positioniert sich die Europäische Union strategisch im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts. Gleichzeitig bedeutet die Erweiterung aber auch eine besondere historische Chance für Deutschland, denn sie beendet eine unmittelbare geschichtliche Folge deutscher Aggressions- und Vernichtungspolitik. Erstmals wird das Land nur von Freunden umgeben sein, ein Geschenk, das die Geschichte nur selten gewährt. ■



Von Torsten Budäus

Förderung Beschäftigungsorientierter Genossenschaften

Das Land Berlin fördert die Gründung einer neuen Unternehmensform: Im Rahmen der Fortschreibung des vierten Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitischen Rahmenprogramms (ARP) wurde festgelegt, dass nunmehr auch die Gründung von Genossenschaften mit Finanzmitteln über die Investitionsbank Berlin unterstützt wird.

Von Erwerbslosigkeit Bedrohte und Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger können ab jetzt Existenzgründungsdarlehen beantragen, um Beschäftigungsorientierte Genossenschaften zu gründen. Bislang waren letztere weitgehend von der Inanspruchnahme öffentlicher Fördergelder ausgeschlossen. Auf diese Weise werden Eigeninitiative und unternehmerisches Engagement gefördert. Genossenschaften sind die geeignete Unternehmensform für Menschen, die ihre Perspektive in einer selbst bestimmten und eigenverantwortlichen Existenzsicherung sehen, diesen Weg aber nur gemeinsam mit anderen beschreiten können oder wollen.

Die Genossenschaft als Unternehmensform

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital moderner und zukunftsweisender Unternehmen. Grundlage für ein partnerschaftliches Miteinander sind ein motivierendes und innovatives Betriebsklima. Die Beteiligung der Mitarbeiter durch finanzielle Anreizsysteme, aber auch an der Verantwortung, an Entscheidungen und an Informationen sind Komponenten einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung. Die genossenschaftliche Rechtsform der eG bietet in der Form der Genossenschaft wie keine andere Rechtsform die Möglichkeit der demokratischen

Mitwirkung und Beteiligung der Mitarbeiter als Mitunternehmer.

Eine innovative Unternehmensform

In den nächsten Jahren müssen Tausende von mittelständischen Unternehmen über eine Nachfolgeregelung entscheiden. Die Übernahme eines Unternehmens durch Mitarbeiter in Form einer Genossenschaft könnte hier eine Lösung sein. Denn im Gegensatz zum Management-buy-out, hierbei übernehmen die leitenden Angestellten das Unternehmen, ermöglicht die Gründung einer Genossenschaft eine umfassende Beteiligung der gesamten Belegschaft am Unternehmen, Employee-buy-out genannt. Allerdings muss festgehalten werden, dass die Unternehmens- und Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft allein noch keine Arbeitsplätze sichert oder schafft. Es bedarf der Energie und des Willens aller Beteiligten, eine Genossenschaft erfolgreich zu führen.

Die Investitionsbank unterstützt Gründungsvorhaben von Beschäftigungsorientierten Genossenschaften durch:

Allgemeine Beratung; Vermittlung von Kontakten zu genossenschaftlichen Prüfverbänden, Beratungseinrichtungen und Coaches sowie Weiterbildungsrichtungen.

Ziel:

Förderung von kooperativen Existenzgründungen nach dem Genossenschaftsgesetz (GenG).

Wer?

Gefördert werden Beschäftigungsorientierte Genossenschaften in Gründung, bei denen 70 v.H. der Mitglieder natürliche Personen sind, die in Berlin erwerbslos gemeldet oder nachweislich von Erwerbslosigkeit

bedroht sind (mindestens sieben Gründungsmitglieder).

Was?

Darlehen: Die Förderung wird als niedrig verzinstes Darlehen (Effektivzins maximal 4 v.H. p.a.) bis zur maximalen Höhe von 75.000 EUR gewährt; die Laufzeit beträgt bis zu zehn Jahre, davon bis zu zwei Jahre rückzahlungsfrei. Das Darlehen ist durch selbstschuldnerische Bürgschaften der Genossenschaftsmitglieder zu besichern. Weitere Einzelheiten regelt die Richtlinie zur Vergabe von Existenzgründungsdarlehen nach dem ARP.

Coaching:

Gefördert wird die unterstützende Beratung von Beschäftigungsorientierten Genossenschaften durch Unternehmensberatungen oder Coaches vor und nach der Gründung.

Wie?

Die Förderungen bedürfen der formgebundenen Antragsstellung im Zeitraum vor der Gründung und bis zu einem Monat nach Eintragung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister. Voraussetzung für die Gewährung der Förderungen ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Gründungen sowie eine hinreichende kaufmännische und fachliche Qualifikation der Mitglieder, insbesondere der Vorstände der Genossenschaft. ■

Die Investitionsbank Berlin unterstützt und fördert im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen die Gründung von Beschäftigungsorientierten Genossenschaften und ist in diesem Zusammenhang zentraler Ansprechpartner für Gründungsvorhaben in Berlin.

Investitionsbank Berlin

Kundenzentrum
Wirtschaft
Bundesallee 210
10719 Berlin



Tel.: (030) 21 25 47 47
Fax: (030) 21 25 33 22
E-Mail: Kundenzentrum.wirtschaft@investitionsbank.de





Gemeinsam Aufträge organisieren und abarbeiten



Kontakt
 Stadtteilgenossenschaft Wedding
 Willy Achter,
 Thomas Müller
 Sprengelstraße 15
 13353 Berlin
 Tel.: (030) 45 49 04 44
 Fax: (030) 45 49 04 45
 E-Mail:
 stagewedding@compuserve.de
www.stagewedding.de

Am 18.10.2000 wurde von 37 Bewohnern, Arbeitslosen, und Vertretern aus Organisationen die Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen e.G. gegründet. Mit der Unternehmensgründung wollten sie neue wirtschaftliche Perspektiven entwickeln und zugleich den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil verbessern.

Zur Rechtsform

Für das soziale Unternehmen wurde die Rechtsform einer Genossenschaft gewählt, da diese auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung aufbaut, soziale und wirtschaftliche Probleme durch Eigenanstrengung der Betroffenen bewältigt werden. Der soziale, bzw. „gemeinnütziger“ Charakter der Stadtteilgenossenschaft, wurde in der Satzung verankert, in der festgelegt wurde, dass Bilanzüberschüsse nicht an die Mitglieder ausgeschüttet werden, sondern als Rücklage im Unternehmen verbleiben und zum Aufbau neuer Geschäftsbereiche genutzt werden können.

Ziele

Die Stadtteilgenossenschaft Wedding verfolgt wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen. Gegenstand der Stadtteilgenossenschaft ist

- die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb,
- die Entwicklung und Durchführung insbesondere von beschäftigungswirksamen sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Dienstleistungen,
- die Förderung des lokalen Gewerbes,
- das Schaffen individuell angepasster Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose und
- die Verbesserung der Lebensqualität und des interkulturellen Zusammenlebens im Stadtteil.



Mitgliedergruppen

Die Stadtteilgenossenschaft ermöglicht die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen im Stadtteil – Bewohner, Arbeitslose, vorhandene Wirtschaftsbetriebe und Institutionen, individuelle Existenzgründer sowie gemeinnützige Organisationen – und die Verknüpfung ihrer jeweils spezifischen Interessen bei der Entwicklung der Geschäftsbereiche. Im Sommer 2003 hat die Stadtteilgenossenschaft Wedding 72 Mitglieder, davon sind 11 Mitgliedsbetriebe und gemeinnützige Organisationen. Am 31. August 2002 ist die Stadtteilgenossenschaft in die Sprengelstraße 15 umgezogen. In Zusammenarbeit mit dem Verein „Gemeinsam im Stadtteil“ e.V.

wird hier ein „identitätstiftender Ort“ im Quartier entstehen.

Meisterbetrieb Maler, Lackierer und Elektrotechnik

Im Frühjahr 2001 hat die Stadtteilgenossenschaft Wedding den Geschäftsbetrieb aufgenommen. Die aus einem Beschäftigungsprojekt hervorgegangene Genossenschaft ist heute ein leistungsfähiger Meisterbetrieb für Maler, Lackierer und Elektrotechnik mit 6 Beschäftigten. Die Genossenschaft arbeitet aufgrund der vorhandenen Kooperationen und Einbindung im Stadtteil überwiegend in Berlin-Mitte, ist aber auch in allen anderen Bezirken tätig. Sie arbeitet hauptsächlich für Privatkunden und Hausverwaltungen sowie für das Bezirksamt Mitte.



Dazu werden weitere Unternehmen als Mitglieder gewonnen.

Arbeitsplätze und Qualifizierung im Stadtteil

Die Stadtteilgenossenschaft wurde u.a. von Arbeitslosen aus dem Stadtteil gegründet. Ein Großteil dieser Arbeitslosen war zuvor in Beschäftigungsmaßnahmen des Vereins Kommunales Forum Wedding e.V. eingebunden.

1997 initiierte das Kommunale Forum in Kooperation mit dem Bezirksamt Wedding die Lokale Partnerschaft Wedding, ein „bezirkliches Bündnis für Beschäftigung, Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt“. Im Rahmen dieses Aktionsbündnisses wurde das gebietsbezogene Handlungskonzept „Arbeit und Nachbarschaft“ erarbeitet.

Daraus ging ein Modellprojekt hervor, aus dem ein Beschäftigungsverbund mit fast 30 gemeinnützigen, öffentlichen und privaten Organisationen und Betrieben entstand, der den Absolventen Einstiegsmöglichkeiten in den lokalen Arbeitsmarkt eröffnet. Diese Art der Existenzgründung mit Arbeitslosen war jedoch für alle Beteiligten eine Überforderung. Neben dem Aufbau einer völlig neuen Unternehmensform fehlte letztlich eine qualifizierte Stammebelegschaft, um aus dem Stand heraus zumindest kostendeckend zu wirtschaften.

Aus diesem Grund wurde für die Konsolidierung des Geschäftsbereichs Handwerk vom angestrebten Wohnortprinzip abgewichen. Beim Aufbau der Stammebelegschaft des Meisterbetriebes hat die Stadtteilgenossenschaft in erster Linie auf die Qualifizierung, die Berufserfahrung und die Zuverlässigkeit von „älteren“ Arbeitnehmern gesetzt. Von den derzeit 6 Beschäftigten sind 2 Meister und 2 Gesellen über 50 Jahre.

Im dritten Geschäftsjahr wurde mit dieser Stammebelegschaft

erstmalig eine wirtschaftlich tragfähige Grundstruktur erreicht. Im Zusammenhang mit dem Aufbau der Dienstleistungsagentur soll nun die alte Idee der Integration von Arbeitslosen aus dem Stadtteil wieder aufgegriffen werden. Gemeinsam mit den Mitgliedsbetrieben und gemeinnützigen Trägern soll nun ein Beschäftigungspool aufgebaut und – angefangen von der Vermittlung von Praktikumsplätzen die Entwicklung von Integrations-, Qualifizierungs- und Ausbildungsstufen – vorangetrieben werden.

„Örtliches Wirtschaftsnetzwerk“ – Dienstleistungsagentur Wedding

Durch die Erweiterung des vorhandenen Netzwerkes der Mitgliedsbetriebe wird unter dem Dach der Stadtteilgenossenschaft Wedding ab Herbst 2003 ein „örtliches Wirtschaftsnetzwerk“ aufgebaut. Ziel dieses Unternehmenszusammenschlusses ist die Bestandssicherung des lokalen Gewerbes und die damit verbundene Sicherung bzw. das Schaffen von neuen Arbeitsplätzen. Ein erstes Vorhaben ist der Aufbau einer gemeinschaftlichen Dienstleistungsagentur.

Aufgaben der Dienstleistungsagentur:

- Werbung weiterer Mitgliedsbetriebe
- Erweiterung der gegenseitigen Vermittlung von Aufträgen
- Aufbau von Bietergemeinschaften
- Entwicklung eines gemeinsamen Marketingkonzepts
- Aufbau eines Beschäftigungspools
- Umsetzung neuer Geschäftsideen

Nutzen für die Kunden – Dienstleistungen aus einer Hand

- Breite Angebotspalette aus einer Hand.
- Kunden profitieren von der gegenseitigen Qualitätskontrolle der beteiligten Unternehmen.
- Die Stadtteilgenossenschaft bietet eine wohnortnahe Anlaufstelle und kurze Wege für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.
- Die Kunden unterstützen durch Aufträge die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil.



Umzug der Stadtteilgenossenschaft Wedding von der Torfstraße 11 in die Sprengelstraße 15.



Einweihung des Gemeinwesenentrums in der Sprengelstraße 15 mit Bezirksbürgermeister Zeller (Mitte).



Gemütliches Beisammensein zur Einweihung des Gemeinwesenentrums.

Willy Achter



Die Maler Uwe Kaliga, Heinrich Rosmus und Bernhard Dittrich (v.l.n.r.) gehören der Stadtteilgenossenschaft Wedding an.



Ein Beitrag zur Entmystifizierung des Genossenschaftsbegriffes

Von Sabine Smentek und Margrit Zauner, Mitglieder des Aufsichtsrates der WeiberWirtschaft eG

Produktivgenossenschaften als Rettungsanker der Arbeitsmarktpolitik?



Sabine Smentek



Margrit Zauner

Die Entmystifizierung dieser Unternehmensform beginnt hier: In eine Genossenschaft tritt man ein, weil man sich davon (wirtschaftliche) Vorteile erhofft – eine preiswerte Mietwohnung, die gemeinsame Nutzung von Maschinen oder Vertriebsstrukturen mit anderen Unternehmen, oder die Erhaltung bzw. Schaffung des eigenen Arbeitsplatzes (letzteres sind dann übrigens Produktivgenossenschaften). Die demokratische Verfasstheit der Genossenschaft prädestiniert sie für Aufgaben mit gesellschaftspolitischem Hintergrund. Unternehmen in der Rechtsform der Genossenschaft, insb. Produktivgenossenschaften, führen den Widerspruch von Kapital und Arbeit im Begriff Mitunternehmertum zusammen: Die UnternehmerInnen sind ArbeitnehmerInnen und umgekehrt. Jedes Mitglied kann konstruktiv und kreativ seine Kenntnisse und Fähigkeiten für den Erfolg der Genossenschaft einbringen. Dies tun Genossinnen und Genossen aber nur dann, wenn sie ständig dazu ermuntert werden und auch



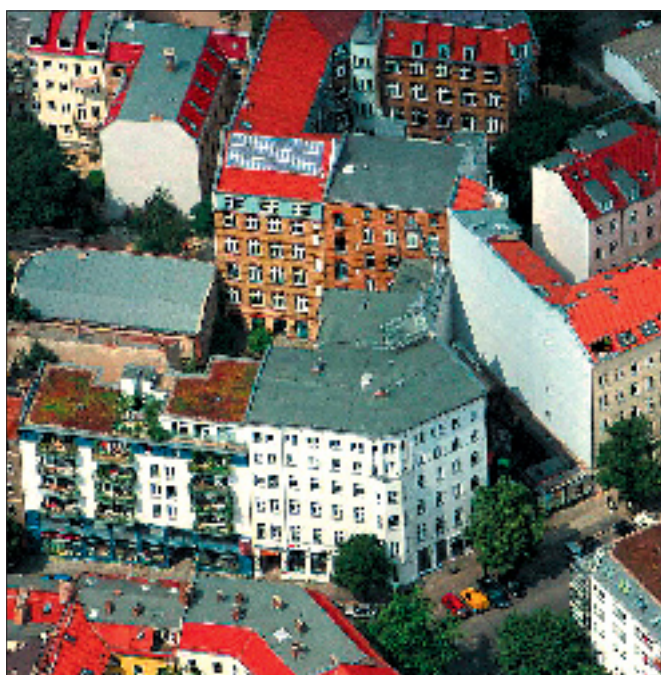
wissen, wann ihr Beitrag benötigt wird und – was sie persönlich davon haben. So hat das Management einer Genossenschaft, der Vorstand, neben der normalen Geschäftsführung immer auch eine Informations- und Kommunikationsaufgabe, um die Genossinnen und Genossen an der Arbeit teilhaben zu lassen – oder Mehrheiten auf der Generalversammlung sicherzustellen.

Demokratie im genossenschaftlichen Leben bedeutet unter Umständen eben auch wechselnde Mehrheiten und unvorhergesehene Ereignisse auf Generalversammlungen mit für das Unternehmen negativen wirtschaftlichen Folgen, wenn die innergenossenschaftliche Information und Kommunikation vernachlässigt wird. Die Fähigkeit, Genossinnen und Genossen zu mobilisieren und zu motivieren, geht aber über die üblichen Führungsaufgaben in anderen Betrieben weit hinaus. An die sozialen Fähigkeiten eines Vorstandsmitgliedes einer Genossenschaft müssen deshalb besondere Anforderungen gestellt werden. Neben der Information und Kommunikation geht es in einer Genossenschaft immer auch um die Integration unterschiedlich-

ster Individualinteressen bzw. Interessengruppen. Je nach Geschäftszweck der Genossenschaft ringen dann z.B. auf der Generalversammlung ArbeitnehmerInnen und Mitglieder mit Arbeitgeberfunktion miteinander. Bei diesen systemimmanenten Interessenkonflikten kommt es auf transparente Managemententscheidungen und moderne Konfliktlösungsmechanismen an. Die Fähigkeit, Entscheidungen transparent zu fällen und einen ergebnisoffenen Konfliktlösungsweg zu installieren, ist eine Herausforderung an das Management einer Genossenschaft. Die Abstimmung der Mitglieder „mit den Füßen“ ist für eine kleinere Genossenschaft schnell existenzbedrohend. Auch aus diesem, ökonomisch leicht nachvollziehbaren Grund stellt der Interessenausgleich zwischen den Mitgliedern einer Genossenschaft eine zentrale Herausforderung für den Vorstand dar.

Viele Genossenschaften halten den Wert pro Anteil eher klein, um möglichst vielen Personen den Erwerb zu ermöglichen. Hier stellt sich das nächste strukturelle Problem. Solche Genossenschaften werden mit höherer Wahr-

In den Gebäuden der WeiberWirtschaft haben sich 55 Gewerbebetriebe zusammengeschlossen





lichkeit immer eigenkapitalschwach bleiben, da für die Akquise von Eigenkapital immer neue Personengruppen angesprochen werden müssen. Eine solche Genossenschaft befindet sich – um den Vergleich zu Aktiengesellschaften heranzuziehen – ständig in der Phase der Kapitalerhöhung. Eine arbeitsintensive Aufgabe für den Vorstand, bzw. eine kostenintensive ständige Werbekampagne. Die Genossenschaft an sich bewirkt keine Selbsthilfe und Erschließung brach liegender Potentiale im Stadtteil. Kreativität und Motivation der Mitglieder muss gerade in einer Genossenschaft, die auf Freiwilligkeit und individueller Nutzenerhöhung beruht, jeden Tag neu erhalten und aufgebaut werden.

Woran Arbeitsförderbetriebe, soziale Betriebe, soziale Wirtschaftsbetriebe oder vergleichbare Modelle in der Form von gGmbHs oder GmbHs gescheitert sind, kann die Genossenschaft nicht richten: Mangelnde Produktivität kann durch demokratische Entscheidungsprozesse nicht ausgeglichen werden. Diese Erkenntnis wird in allen Genossenschaften – wie auch in

Nicht die Genossenschaft steht hier im Vordergrund, sondern der politische Streit um die beste Möglichkeit, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Im Instrumentenkasten der Arbeitsmarktpolitik können dann auch Genossenschaften ihren Beitrag leisten – wie jede andere Unternehmensform.

Potenziale ergeben sich eher im Feld der Wirtschaftsförderung und der Förderung von Existenzgründungen: Produktivgenossenschaften als Form eines anderen unternehmerischen Handelns, als Zusammenschluss von verschiedenen Gründungswilligen, die gemeinsam den Weg in Selbständigkeit gehen und Verantwortung und unternehmerisches Risiko tragen.

Genossenschaften sind immer dort die adäquate Rechtsform, wo viele Individuen tatsächlich ein gleichartiges wirtschaftliches Interesse am besten gemeinsam verfolgen können. Die berühmten „Synergien“, die in anderen Unternehmen erst mühsam konzipiert werden, sind gleichsam der Gründungsgedanke der Genossenschaft. Wirklich teamorientierte Führung bedingt transparente und demokratische Entschei-



Quasi moda sind 3 Designerinnen in der WeiberWirtschaft, die seit 1989 sinnlich-souveräne Großstadtmode entwerfen.

allen anderen Unternehmensformen – sehr schnell und sehr schmerzhaft Realität. Arbeitsmarktpolitische Ziele und Instrumente sowie deren Finanzierung müssen unabhängig von der Rechtsform diskutiert werden.

ungsprozesse. Teiligungsorientierte Arbeitsstrukturen verbessern das Arbeitsergebnis, weil sie die Stärken jedes Einzelnen am besten zur Entfaltung bringen. Diese Arbeitsstrukturen sind in der Genos-



senschaft schon kraft Gesetz vorgesehen.

Die Genossenschaft ist deshalb eine gleichermaßen traditionsreiche und moderne Unternehmensform, die für viele Unternehmen die richtige Rechtsform sein kann. Hierfür gilt es zu werben und die Gründung von Genossenschaften zu erleichtern. Als Rechtsform muss sie endlich in der deutschen Wirtschaftspolitik genauso wie andere Rechtsformen wahrgenommen und auch unterstützt werden. Der Genossenschaftsgedanke darf jedoch nicht durch andere – von uns durchaus geteilte – gesellschaftspolitische Ziele überfrachtet werden.

Genossenschaften müssen immer dort scheitern, wo sie als Vehikel für die Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Interessen dienen und ihre eigentlichen betriebswirtschaftlichen Stärken gar nicht erst zum Tragen kommen. Für die Realisierung arbeitsmarktpolitischer Ziele tut`s jede andere Rechtsform genauso! ■

▲ Die BERLIN-GLAS Mergner & Speidel OHG ist ein Unternehmen der WeiberWirtschaft und für ihre Kunstglaserei stadtbekannt.

Kontakt
WeiberWirtschaft eG
Anklamer Straße 38
10115 Berlin



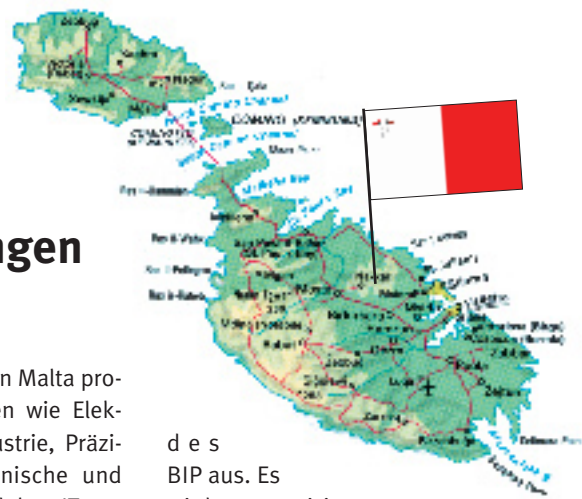
Tel.: (030) 4 40 22 30
Fax: (030) 44 02 23 44
E-Mail:
infos@weiberwirtschaft.de

www.weiberwirtschaft.de



Die nEUen (1): Malta

Malta und die Herausforderungen der EU-Mitgliedschaft



Burg: Blick auf Medina City. Medina diente dem Malteser Orden als Hauptstadt, bevor Valletta maltesische Capitale wurde.



High Tech auf Malta: Im Mosta-Technologiepark stellt die Firma Fal Malta Ltd. Komponenten für drahtlose Kommunikationen her.



Touristen und Einheimische prominiere gern auf dem Sonntagsmarkt in Marsaxlokk.

In den nächsten Monaten wird die EU um 13 neue Mitglieder wachsen. Der punkt möchte Ihnen in einer Serie die Beitrittsländer näher vorstellen. Lesen Sie heute Teil 1: Malta.

Die Insel im Herzen des Mittelmeers wird im Mai 2004 offiziell EU-Mitglied, nach einem langen Beitrittsprozess, der 1990 begann und in der Unterzeichnung der Beitrittsverträge in Athen im April 2003 mündete. Die maltesische Regierung ist der Überzeugung, dass Malts wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung am besten im Rahmen der EU voranzutreiben sei. Seit Malts Unabhängigkeit im Jahre 1964 haben die Malteser ihre Insel von einer „fortress economy“ zu einer wirtschaftlich existenzfähigen Insel umgewandelt. Die maltesische Wirtschaft, die zunehmend service-orientiert ist, basiert heute hauptsächlich auf drei Säulen – der herstellenden Industrie, die etwa ein Viertel der Gesamtproduktion ausmacht, dem Tourismus mit 28 % Anteil am Bruttoinlandsprodukt und schließlich einem aufstrebenden Finanzdienstleistungssektor in Verbindung mit Dienstleistungsangeboten in den Bereichen Schifffahrt und Geschäftstätigkeiten. Weil die maltesische Volkswirtschaft vergleichsweise klein ist, sind Entwicklungen von außerhalb, gerade bei den Haupthandelspartnern, deutlicher spürbar. Eine Herausforderung für Malta ist es, ökonomisches Wachstum in einem Land zu ermöglichen, welches sehr anfällig ist für Faktoren, positiv als auch negativ, die außerhalb des Einflussbereiches der nationalen Verwaltung liegen. Der Erfolg von Malts Kampagnen, Industrieunternehmen nach Malta zu locken, zeigt sich in den beinahe 300 ausländischen Firmen (darun-

ter 55 deutsche), die in Malta produzieren, in Bereichen wie Elektronik, Automobilindustrie, Präzisionstechnik, medizinische und pharmazeutische Produkte, IT etc. Sie bilden heute das Rückgrat der maltesischen herstellenden Industrie. Politische und wirtschaftliche Stabilität, flexible und hochqualifizierte Arbeitskräfte, eine strategisch günstige Lage sowie attraktive Investitionsanreize durch den neuen Business Promotion Act sind überzeugende Faktoren für Investoren. Malta spielt auch im internationalen Schifffahrtsgewerbe eine wichtige Rolle. In diesem Bereich bietet es eine Reihe von hochqualifizierten Dienstleistungen und Einrichtungen an, darunter die Naturhäfen, gut ausgestattete Anlegenhäfen, Lagerungshallen, Schiffszubehör, Schiffsreparatur, Containerumschlag, Hafenanlagen für Kreuzfahrtschiffe sowie Yachthäfen. Der Freihafen von Malta gehört zu den betriebsamsten Umschlagshäfen im ganzen Mittelmeer.

Finanzsektor wird noch größere Rolle spielen

Was den Finanzsektor betrifft, so hat die Regierung die „Malta Financial Services Authority“ ins Leben gerufen, eine unabhängige Behörde, die alle Finanzdienstleistungen regelt und fördert, Lizenzen vergibt und Unternehmen, die auf Malta internationale Geschäfte abwickeln wollen, von Anfang an unterstützt. Gleichzeitig ist sie die Kontrollbehörde für das Bankwesen und die Börse. Diese Behörde hat die neuesten EU-Direktiven inkorporiert und ein umfassendes rechtliches Instrumentarium geschaffen, um Geldwäsche und Finanzdelikte zu unterbinden. Der Finanzdienstleistungssektor macht etwa 8 %

des BIP aus. Es wird prognostiziert, dass dieser Sektor auf lange Sicht 20 % des BIP ausmachen wird. Das Gesamtziel der maltesischen Entwicklungsstrategie für die Periode 2004-2006 ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der maltesischen Wirtschaft zu stärken, um das Land besser auf unmittelbare wirtschaftliche und soziale Herausforderungen vorzubereiten, gleichzeitig eine nachhaltige Nutzung der Umwelt anzustreben und die Ressourcen des Landes optimal auszunutzen.

Beschäftigung durch Single Programming Document

Eine der Prioritäten für Malta ist hier die Nutzung der Arbeitskräfte, die zusammen mit Malts geographischer Lage die Basis für seinen wirtschaftlichen Vorteil bilden. Eine der wichtigsten Aufgaben wird es dabei sein, die Beschäftigungsquote zu erhöhen (speziell für Frauen und ältere Personen) sowie die Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeiter zu verbessern, vor allem durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen. Diese Ziele und Prioritäten sind Teil des Single Programming Document, eine strategische Studie der maltesischen Regierung, die die wichtigsten Bereiche festlegt, die durch EU-Strukturfonds unterstützt werden sollen. Die Implementierung der in diesem Dokument vorgeschlagenen Maßnahmen wird kofinanziert über den nationalen Haushalt und EU-Fonds. Die Mitgliedschaft in der EU wird Malta sicherlich dabei helfen, sich den Herausforderungen neuer ökonomischer und sozialer Entwicklungen zu stellen, indem

Auf einen Blick

Fläche:	316 km ²
Hauptstadt:	Valletta
Bevölkerung:	398.000
Amtssprachen:	Maltesisch (Malti), Englisch
Unabhängig seit:	1964
EU-Beitritt:	Mai 2004
Währung:	Maltesische Lira (LM) 1 LM=2,4 Euro
BIP:	4,04 Milliarden Euro
Wachstumsrate:	4,5 %
Inflationsrate:	2,9 %



es Unterstützung dabei erhält, adäquate Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen wie Industrie, Agrarentwicklung, Fischerei, Beschäftigung u.a. zu ergreifen.

Tor zum Süden und Drehscheibe für Geschäfte

Andererseits kann Malta auch der EU von Nutzen sein. Als südlichstes Mitgliedsland kann es für Europa das „Tor zum Süden“ werden und als Drehscheibe für Geschäfte in der Mittelmeerregion fungieren, ein idealer Stützpunkt für internationale Unternehmen,

die ihre Geschäftstätigkeit nach Südeuropa oder Nordafrika ausweiten wollen. Doch Malts Rolle als Brücke zwischen Europa und der Mittelmeerregion/Nordafrika beschränkt sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern wird auch kulturelle Begegnung und Friedensinitiativen fördern. Malta hat sich schon immer aktiv für die Mittelmeerregion eingesetzt und angestrebt, eine parlamentarische Versammlung der Länder der Mittelmeerregion ins Leben zu rufen mit dem Ziel, Vertrauen zu bilden und Einigkeit zu schaffen, um Krisen zu bewältigen und zu verhindern. ■

Informationen zu Kultur, Geschichte, Sehenswürdigkeiten, Veranstaltungen, Festen, Unterkunft, Transport, Freizeit, Englisch-Sprachschulen usw. bei:



Fremdenverkehrsamt Malta
Schillerstr. 30-40
60313 Frankfurt
Tel.: 069-285890
Fax: 069-285479
e-mail: info@urlaubmalta.de
www.visitmalta.com/de

Botschaft von Malta
Klingelhöferstr. 7
10785 Berlin
Tel.: 030-2639110
Fax: 030-26391123
E-mail: maltaembgrm@ndh.net
www.foreign.gov.mt/berlin

Weitere Informationen bei: www.doi.gov.mt www.mic.org.mt

Das typische Gericht

Dicke Bohnen als Vorspeise

Zutaten:

1 Glas Dicke Bohnen (455 g), 4 Stängel Petersilie, 1/2 rote Pfefferschote, 1/2 Teelöffel Paprikapulver, 1 1/2 Esslöffel Zitronensaft, 4 Esslöffel Olivenöl, 1/2 Knoblauchzehe, Salz, frisch gemahlener Pfeffer

Zubereitung:

Dicke Bohnen abtropfen lassen. Petersilie klein hacken. Pfefferschote putzen, Samen entfernen und die Schote klein schneiden. Pfefferstücke, Zitronensaft und Öl verrühren. Knoblauch schälen und gepresst hinzufügen. Soße und 2/3 der Petersilie zu den Bohnen geben. Dicke Bohnen zu einer glatten Mischung pürieren. Abschmecken mit Salz und Pfeffer und eventuell noch mit etwas Zitronensaft. Dip auf einen Teller füllen und mit der restlichen Petersilie bestreuen. Mit geröstetem Brot servieren.

Danach essen die Malteser gern gegrillte Koteletts und Braten.

Von Torsten Budäus

Erster bundesweiter ESF-Kongress



Wann?
10. und 11.
November 2003

Wo?
Estrel Convention Center
Sonnenallee 225
12057 Berlin

Tel.: (030) 68 31-0
Fax: (030) 68 31-23 45

In diesem Herbst wurden die Halbzweibewertungen für die durch die Europäischen Strukturfonds geförderten Maßnahmen vorgelegt. Die Halbzweibewertung wird nach Ablauf der ersten Hälfte einer Förderperiode von sieben Jahren durchgeführt, um die finanzierten Maßnahmen zu bewerten und sie für die zweite Hälfte der Förderperiode besser anzupassen. Eine Förderperiode dauert sieben Jahre, die gegenwärtig begann 2000 und endet Ende 2006.

Aus diesem Anlass bat die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten, einen nationalen Kongress für den Europäischen Sozialfonds (ESF) auszurichten, der einerseits der Rückschau auf die erste Hälfte der laufenden Förderperiode und andererseits einem Ausblick auf die künftige Umsetzung des ESF in Deutschland dienen soll.



Neben der Generaldirektorin der GD Beschäftigung, Frau Odile Quentin, sind weitere hochrangige Teilnehmer aus dem zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und den Bundesländern vorgesehen.

Eine Ausstellung der vom Bund und den Ländern geförderten erfolgreichen Projekte wird am Veranstaltungsort am 10. und 11. November im Estrel Convention Center ebenfalls zu sehen sein. Teilnehmer sind nicht nur die umsetzenden Verwaltungsbehörden, sondern größtenteils Sozialpartner und Wissenschaftler sowie Projektträger.

Auf der Veranstaltung wird nicht nur eine Zwischenbilanz gezogen. In Vorträgen, Kurzreferaten und Arbeitsgruppen gehen die Teilnehmer der Frage nach, auf wel-

che Weise die Maßnahmen des ESF zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie genutzt werden können. Nicht zuletzt wird ein wichtiger Aspekt bei den Gesprächen die Umsetzung der Hartz-Gesetze sein, die unmittelbaren Einfluss auf die Planung der vom ESF geförderten Maßnahmen haben. So werden Vorgaben und Ziele z.B. in der beruflichen Weiterbildung unmittelbar davon beeinflusst. Denn mit der Reform der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS), der EU-Erweiterung und den neuen bundespolitischen Vorgaben ändern sich in den Jahren 2003/2004 die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarktpolitik sowohl auf europäischer, als auch auf bundesdeutscher Ebene. In diese veränderten Koordinaten für den ESF-Einsatz haben sich die Landesarbeitsmarktpolitiken neu einzuordnen.



ESF-Kongress Berlin-Brandenburg



Wann?
17. November 2003

Wo?
Ostdeutsche
Sparkassenakademie
Potsdam

Ebenfalls veranstalten das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg sowie die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen eine gemeinsame ESF-Jahrestagung am 17. November in der Ostdeutschen Sparkassenakademie in Potsdam unter dem Motto „Die Europäische Beschäftigungsstrategie – Herausforderungen für den Einsatz des ESF in Berlin und Brandenburg“. Der Brandenburger Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und der Berliner Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen werden in einem gemeinsamen Referat die Grundzüge der jeweiligen beschäftigungspolitischen Ansätze darlegen.

Die Tagung soll ähnlich wie der



Bundeskongress den Erfahrungsaustausch speziell zwischen den arbeitsmarktpolitischen Akteuren intensivieren, besonders in der Arbeitsmarktregion Berlin/Brandenburg sowie die gemeinsamen und unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen herausarbeiten. Darüber hinaus werden die

Halbzweibewertungen der Operationellen Programme von den Evaluatoren vorgestellt. Ebenso kommen Vertreter der Kommission und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zu Wort.

Die Landesregierungen Berlin und Brandenburg ziehen auf der gemeinsamen Tagung eine Bilanz der vorgenommenen Veränderungen in den arbeitsmarktpolitischen Landesprogrammen und stellen die vorgesehenen Programmänderungsschritte ab 2004 zur Diskussion.

In sechs Diskussionsforen werden die Handlungsmöglichkeiten für den ESF-Einsatz in Berlin und Brandenburg in den wesentlichen arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktfeldern erörtert.

Schneepisten, Lifeacts und Ausbildungsinfos auf der YOU 2003 in Berlin

Vom 24. bis 26. Oktober 2003 findet zum fünften Mal auf dem Messegelände unter dem Funkturm Europas größte Jugendmesse mit Unterstützung der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport statt.

Zahlreiche Eventangebote wie zwei Echtschneepisten, Auto-scooter und Liveauftritte auf mehreren Bühnen werden ein breites Unterhaltungsangebot bieten. Aber auch die „ernsten“ Themen kommen nicht zu kurz: Auf der YOU können sich die Messebesucher über Ausbildungschancen und berufliche Perspektiven informieren und sich über aktuelle Themen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen austauschen.

Schüler-Kongressbereich mit Senatsunterstützung

In einem eigens eingerichteten Schüler-Kongress-Bereich wird an allen drei Messtagen ein spannendes und interessantes Diskussions- und Referentenprogramm angeboten.

Viele Schülerinnen und Schüler nehmen die YOU zum Anlass für einen lehrreichen und spannenden Unterrichtstag der ganz anderen Art. Neben Sport, Mode,



Internet, Trends und Musik ist Aus- und Fortbildung eines der wichtigen Themen von Europas größter Jugendmesse. Hier kann

man sich über berufliche Perspektiven zum Beispiel bei den Ständen von Hochschulen, Akademien und den Personalabteilungen von Unternehmen und Institutionen informieren.

Am ersten YOU-Messtags haben alle Lehrerinnen und Lehrer sowie Jugendbegleiter die Möglichkeit, sich in einem speziell für sie eingerichteten Info- und Kongressbereich über aktuelle Themen aus dem Bereich Jugend zu informieren, an Diskussionsrunden teilzunehmen und sich, während die Schüler oder Auszubildenden die Messe erkunden, unter Kollegen auszutauschen.

Die YOU belegt erstmalig die Messehallen 19 bis 25, die direkt an den Sommergarten angrenzen. Durch die Verlagerung können sich YOU-Events noch attraktiver und besucherfreundlicher präsentieren. Für Lehrer und Schülern ist der Messebesuch besonders günstig. Jede Schulklasse oder Jugendgruppe kann durch ihren Lehrer oder Betreuer bzw. die Schulleitung ein spezielles Schulklassenticket für den Jugendtag anfordern, das einen um 50% reduzierten Eintritt ermöglicht. ■

◀ Stets im Brennpunkt des Interesses: Der Modelwettbewerb. Aber vielleicht die Chance für eine neue berufliche Karriere!? Traut Euch doch ruhig einmal.

▲ Über 160.000 Besucher werden erwartet.

Europäische Jugendmesse YOU



YOU-Team Messe GmbH
Potsdamer Platz 2
53119 Bonn
Tel.: (0228)72 53 90
Fax: (0228)69 40 07
E-Mail für Presse:
hoyer@you.de
www.you.de

Achtung, Rabatte:

Jeder Schüler zahlt beim Schulklassenticket nur 5,- Euro statt 10,- Euro Eintritt. Die Mindestpersonenzahl für Gruppen beträgt 10 Personen und gilt ab der 8. Klasse. Pro Schulklasse werden zwei Freikarten für die erwachsenen Begleitpersonen zur Verfügung gestellt und ab 30 Personen 3 kostenfreie Begleitpersonaltickets.

Ticket-Vorverkauf:

capital services
Tickethotline:
(030)30 69 69 69
Ticket-Faxnummer:
(030)30 69 69 30
Tickets im Internet:
www.capitaltickets.de
www.you.de





Als die Sagenprinzessin Europa plötzlich aus dem Sagenbuch stieg – Reminiszenz von der Europa-Projektwoche an der Reinhold-Otto-Grundschule in Berlin-Charlottenburg im Mai 2003

„Hallo, Europa, bitte melden“



Kontakt
 Reinhold-Otto-
 Grundschule
 Leistikowstraße 7/8
 14050 Berlin
 Tel.: (030) 9 02 92 80 31
 Fax: (030) 9 02 92 80 36

Jährlich im Mai findet in Deutschland die sog. Europa-Woche statt, die gefördert wird von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Bewegung Deutschland. Diese Europa-Woche bietet mit einer Vielzahl von Veranstaltungen Raum für Begegnung und Dialog, für Austausch und Diskurs. Nicht nur Erwachsene, sondern auch Jugendliche und Kinder sind aufgefordert, aktiv mitzuwirken.

So entstand auf Anregung von Marianne Riemann im Herbst 2002 an der Reinhold-Otto-Grundschule in Berlin-Charlottenburg der Plan, im Mai eine Projektwoche zum Thema Europa an der Schule durchzuführen, alle Klassen und alle Lehrer daran zu beteiligen und diese Projektwoche mit der Aufführung des Theaterstückes „Hallo, Europa, bitte melden“ von Marianne Riemann abzuschließen.

Es bildeten sich Arbeitsgruppen, die sich auf folgende Themenbereiche konzentrierten:

- Kunst in Europa
- Europäische Comics
- Fahnen und Flaggen der europäischen Länder
- Besuch verschiedener Botschaften in Berlin
- Bedrohte Tierarten in Europa
- Märchen und Spiele aus Europa
- Europäische Tänze
- Wissenswertes aus Europa

- eine Internetrecherche
- zwischen überhindurchentlang
- Architekturelemente und Bewegung

Die Reinhold-Otto-Grundschule meldete sich mit diesem Projekt offiziell bei der Senatskanzlei – Europareferat in Berlin zur Teilnahme im Mai 2003 an. Die Ankündigung erfolgte daraufhin im offiziellen Veranstaltungskalender Europawoche 2003.

Die Projektwoche wurde an der Reinhold-Otto-Grundschule vom 5. Mai bis zum 9. Mai 2003 wie geplant durchgeführt.

Die Ergebnisse aller Arbeitsgruppen wurden am letzten Tag in den Schulfluren ausgestellt. Eltern, Schüler, Kollegen, Freunde und andere Interessierte hatten dadurch Gelegenheit, sich über die Arbeit der einzelnen Projektgruppen zu informieren.

Einige dieser Gruppen unterstützten die Aufführung des Theaterstückes „Hallo, Europa, bitte melden“, indem sie zum Gelingen mit Musik, Tanz oder Collagen beitrugen.

Das Theaterstück ist von Marianne Riemann als sog. Lernspiel für Grundschüler konzipiert worden. Es bietet eine ausführliche Rahmenhandlung an, in deren Verlauf folgende Gesichtspunkte verknüpft werden:

- Sage der Europa
- Europas geographische Struktur
- Europas politische Struktur
- Gedanke der Gemeinschaft

Darüber hinaus enthält es genügend Möglichkeiten, den jeweiligen Bedingungen der Schulen entsprechend, eigene Elemente einzufügen. Damit kann das Theaterstück aktuell sein und individuelle Belange der aufführenden Schule einbeziehen.

Inhalt: Die Sagenprinzessin Europa steigt mit ihren Freundinnen aus dem Sagenbuch. Sie sucht nach der Verwirklichung ihres Traumes, nach einer Gemeinschaft von Menschen, die in Frieden zusammen leben. Der Herrscher des Sagenreiches verfolgt sie. Sie soll ins Sagenreich zurückkehren. Drei Tage gewährt er der Prinzessin und ihren Freundinnen schließlich, damit sie diese Gemeinschaft bei den Menschen suchen können.

Auf dieser Suche erfahren sie viel von dem Erdteil Europa. Sie lernen Europa geographisch kennen, erleben Besonderheiten einiger Nationen, sehen landestypische Tänze und hören Musik. Zuletzt finden sie tatsächlich eine Gemeinschaft. Es ist die Gemeinschaft von Kindern aus verschiedenen europäischen Ländern. Sie spielen, tanzen und singen auf dem Schulhof und ziehen Prinzessin Europa und ihre Freundinnen fröhlich in ihren Kreis. Der Herrscher des Sagenreiches kann ihnen nichts anhaben.

An der Reinhold-Otto-Grundschule wurden innerhalb der Projektwoche von einigen Arbeitsgruppen Erweiterungen für das Theater-

Der „Flamenco“ – getanzt von der Kindern der 1a.





Wir laden ein

Hallo, Europa, bitte melden!

am 8. Mai 2003
um 17:00 Uhr
in der Aula

Europa Woche 2003

Reinhold-Otto-Grundschule

betraten, hatten sie durch die Ausstellungen auf den Fluren bereits Gelegenheit, sich auf das Thema „Europa“ einzustimmen.

Darüber hinaus wurde vor Beginn des Theaterspiels ein kurzer Überblick über Planung und Ziel der Projektwoche gegeben.

Schülervertreter der einzelnen Projektgruppen berichteten von ihrer Arbeit.

Als Abschluss wurde „Hallo, Europa, bitte melden“ mit großem Erfolg aufgeführt.

Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass sich Einsatz und Anstrengung gelohnt haben. Mit Freude, Offenheit und großem Interesse sind unsere Schülerinnen und Schüler auf alle Angebote eingegangen.

Wir hoffen, dass manche Frage beantwortet, manche Unsicherheit ausgeräumt werden konnte. Vor allem aber wünschen wir uns, dass unsere Schülerinnen und Schüler erfahren haben, dass sich „Europa lohnt und das Mitmachen erst recht.“

Heike Waldschütz, Leiterin der Reinhold-Otto-Grundschule

Szenen aus dem Schattenspiel „Die Göttinnen beim Spiel“:

Die Sagenprinzessin Europa steigt mit Ihren Freundinnen aus dem Sagenbuch. Sie sucht nach der Verwirklichung ihres Traumes nach einer Gemeinschaft von Menschen, die in Frieden zusammen leben.

Der Herrscher des Sagenreiches verfolgt sie. Sie soll ins Sagenreich zurückkehren. Drei Tage gewährt er der Prinzessin und ihren Freundinnen schließlich damit sie diese Gemeinschaft bei den Menschen suchen können.

Auf dieser Suche erfahren sie viel von dem Erdteil Europa. Sie lernen Europa geografisch kennen, erleben Besonderheiten einiger Nationen, sehen landestypische Tänze und hören Musik.

stück erarbeitet. So wurde es z.B. wirkungsvoll von einer Musikgruppe unter Leitung des Lehrers R. Knop begleitet, mit Flamenco-Tanz und Schattenspiel unter der Leitung der Lehrerin H. Schnatmeyer erweitert und durch Lieder von Frau Anette Schreiber aufgelockert. Viele Eltern beteiligten sich aktiv an den Vorbereitungen für die Aufführung (Kostüme, Kulissen, Requisiten) und an den Proben. Die Landesbildstelle stellte Scheinwerfer zur Verfügung, die unter Anleitung des Lehrers U. Prinzler von Schülern bedient wurden. Bevor die Zuschauer die Aula



10 Jahre Freiwilliges Ökologisches Jahr



Anlässlich des 10jährigen Jubiläums des Freiwilligen Ökologischen Jahres hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Broschüre herausgegeben, die speziell für Jugendliche erstellt wurde. Wissenswertes auf alle Fragen, die dieses Thema betreffen, Antworten oder Informationen, wo einem weitergeholfen wird. So können z.B. anerkannte Kriegsdienstverweigerer unter

bestimmten Bedingungen ein Freiwilliges Ökologisches Jahr anstelle des Zivildienstes leisten. Darüber hinaus natürlich Erfahrungsberichte von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Broschüre ist zu beziehen von:
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,
Referat IX A, Frau Nohl
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
karin.nohl@senstadt.verwaltung-berlin.de

Gefahren am Arbeitsplatz



Immer noch sind zahlreiche Menschen an ihrem Arbeitsplatz Gefahrstoffen ausgesetzt. Fast 22 % aller Arbeitnehmer in der EU sollen während eines Viertels ihrer Arbeitszeit schädlichen Dämpfen ausgesetzt sein. Um gesundheitlichen Schäden vorzubeugen, organisiert die Europäische

Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Osha) im Oktober in allen EU-Mitgliedstaaten eine „Europä-

ische Woche“, um die Risiken gefährlicher Arbeitsstoffe bewusster zu machen.

Die Agentur in Bilbao bietet auf ihrer Internetseite eine Datenbank, in der Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten zu Arbeitsschutz und -medizin aufgeführt sind.

In Deutschland hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die Federführung für zahlreiche Seminare und Veranstaltungen übernommen.

Ansprechpartner ist:
Reinhard Gerber
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Referat III B 2 Arbeitsschutz
Scharnhorststraße 34-37
Tel: (030) 20 14 67 66
Fax: (030) 20 14 52 48
Reinhard.gerber@bmwa.bund.de

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz:
www.europe.osha.eu.int/
www.osha.eu.int/ew2003/index_de.htm
Veranstaltungsdatenbank:
www.de.osha.eu.int/veranstaltungen

Infos zum Arbeits- und Sozialrecht



Die Hochschulen Köln, Jena und Eichstätt bieten in einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Gemeinschaftsprojekt eine umfangreiche Recherchemöglichkeit über diese komplexen Sachgebiete. Im Internet lässt sich nun unentgeltlich über Fragen bezüglich des Arbeits- und Sozialrechts recherchieren: Gerichtsurteile, aktuelle statistische Angaben wie Lohnnebenkosten, Gesetzesvorlagen oder Telearbeit lassen sich finden. Daneben existiert ein breites Angebot von weiterführenden

Adressen zu Dokumentationen von arbeits- und sozialrechtlichen Vorgaben.

www.aus-portal.de

Die Europäer leben länger und gesünder

Die Lebenserwartung in der EU ist seit 1960 um acht Jahre gestiegen. Im Jahr 2000 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung 75 Jahre für Männer und 81 Jahre für Frauen. Dies dürfte auf die verbesserten Gesundheits- und Lebensbedingungen der Europäer zurückzuführen sein, so die Ergebnisse des Berichts über die soziale Lage in Europa 2003, der von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde. Schwerpunkt des Reports ist dieses Jahr die Erforschung und Analyse der Gesundheit der europäischen Bürger.

„Der Bericht behandelt wichtige Fragen des Gesundheitswesens in Europa“, so die für Beschäftigung und Soziales zuständige EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou. „Gerade zu einem Zeitpunkt, da die EU Überlegungen zu dem besten Weg der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich anstellt, hilft der Bericht, über die soziale Lage einen besseren Überblick zu gewinnen: über die ausschlaggebenden Faktoren, über die Arbeitsweise der Gesundheitsdienste in der Union und über die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Lebensqualität der Europäer.“

In dem Bericht wird darauf verwiesen, dass der Gesundheitssektor einer der dynamischsten Bereiche der europäischen Wirtschaft ist. Von 1995 bis 2001 wurden hier zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen – das sind 18 % aller neu entstandenen Arbeitsplätze. Mittlerweile entfallen auf diesen Sektor fast 10 % aller Beschäftigten.

Seit 2000 erscheint der Bericht „Die soziale Lage in der Europäischen Union“ jährlich. Er stützt sich auf eine Analyse der sozialen Indikatoren für die 15 EU-Mitgliedstaaten, untersucht die Le-



bensqualität in Europa und gibt einen Überblick über gesellschaftliche Trends, zusammen mit einer Vielzahl vergleichbarer sozialer Daten und Fakten. Dabei stellt er ein wichtiges Instrument zur Messung der Fortschritte im Rahmen der Lissabonner Strategie und ein bewährtes Hintergrunddokument für die Frühjahrstagungen des Europäischen Rates dar.

Der Bericht ist zu beziehen bei:
Statistisches Bundesamt
Eurostat Data Shop Berlin
 Otto-Braun-Straße 70-72
 10178 Berlin
 Tel.: (0-1888)6 44 94 27
 Fax: (0-1888)6 44 94 30
www.eu.datashop.de

Eine Kurzfassung ist im Internet verfügbar unter:
www.europa.eu.int/comm

Fusion von BAO und WFB

Aus der Fusion von BAO Berlin International GmbH und der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH ist am 14. August 2003 die Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH entstanden. Monika Schulz-Strelow, ehemalige Geschäftsführerin der BAO Berlin International GmbH und Hans Estermann, Geschäftsführer der neuen Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH: „Durch die Zusammenlegung der beiden Gesellschaften wird sich für unsere Kunden zunächst nichts ändern, die neue Gesellschaft behält ihren Sitz im Ludwig Erhard Haus und die Ansprechpartner bleiben die Gleichen.“

Kontakt:
 Wirtschaftsförderung Berlin
 International GmbH

(Bereich Außenwirtschaft)
 Tel.: +49 (30) 31 51 03 10
www.baoberlin.de

(Bereich Wirtschaftsförderung)
 Tel.: +49 (30) 39 98 00
www.berlin.de/wfb

Informationsveranstaltung für Berliner Oberschulen und Europaschulen im Grundschulbereich

Am 5. November 2003 um 13.30 Uhr lädt die Europabeauftragte des Landes Berlin, Frau Staatssekretärin Helbig, alle Leiterinnen und Leiter der Berliner Oberschulen und Europaschulen im Grundschulbereich sowie alle Interessierten zu einer Informationsveranstaltung in das Berliner Rathaus ein. Ziel ist die Präsentation von Ansprechpartnerinnen/-partnern und Akteuren zum Thema Europa in Berlin mit der Vorstellung der vielfältigen und facettenreichen Möglichkeiten, das Thema Europa in den Unterricht einzubauen. Angeboten werden Gespräche, Materiallisten, Linklisten, Referenten sowie Informationsmaterial. Ebenso

werden einzelne Ergebnisse von Europa-Projekten vorgestellt.
Alle Angebote sind kostenlos.

Umrahmt wird die Veranstaltung mit Informationsständen u.a. der Europäischen Kommission, des Europäischen Informationszentrums, der Europa-Union. Es stellen sich vor:

- der Landesbeauftragte für den Europäischen Wettbewerb,
- der Arbeitskreis „MOE-Kompetenz für Schulen“ der JOE-Plattform Berlin e.V. (Junge Osteuropa Experten),
- das Freizeit- und Erholungszentrum Wuhlheide,
- das LISUM,
- die AG „Internationale Schule für Europa“ und
- die Reinhold-Otto-Grundschule.

Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport stehen für Fragen, u.a. zu den Themen COMENIUS und XARXA zur Verfügung.

Hilfe zum Wiedereinstieg ins Berufsleben

Das Programm zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, das von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird, wendet sich an Frauen, die nach einer Phase der Familientätigkeit oder der Erwerbslosigkeit eine neue berufliche Perspektive suchen. Im Rahmen des Programms zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung für Frauen beginnen in den nächsten Wochen sechs Orientierungskurse, ein Existenzgründungskurs und 18 Kurse im EDV-Bereich. In den Informations- und Orientierungskursen können Frauen eine erste Entscheidungshilfe erhalten, sofern sie einen Wiedereinstieg ins Berufsleben, eine Weiterbildungsmöglichkeit oder Anregungen für eine Existenzgründung suchen. Die langjährig bewährten drei- bis viermonatigen Trainingskurse konzentrieren

sich auf mehrere Arbeitsschwerpunkte:

Vier Beratungsstellen bieten darüber hinaus individuelle Beratungen, Seminare und Informationsveranstaltungen für Frauen zu Fragen der Ausbildung, Umschulung, Weiterbildung und beruflichen Neuorientierung an. Neu im Angebot ist ein Kleingruppen-Coaching für Frauen, die im Leistungsbezug des Sozial- und Arbeitsamtes sind.

Eine Übersicht mit Informationen zum Kursangebot für das 2. Halbjahr 2003 ist im Internet unter der Adresse: www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/berufsorient.html sowie in der Infostelle der Storkower Straße 134, 10407 Berlin, erhältlich oder kann unter den Telefonnummern: (030) 90 22-2302, -2303, -2304, und -2305 angefordert werden.

Kontakt
 Der Regierende
 Bürgermeister von
 Berlin



Senatskanzlei
 Europareferat, I B 3 -
 Berliner Rathaus,
 10173 Berlin
 Tel. (030) 90 26 22 46
 Fax. (030) 90 26 25 63
 E-Mail:
Karin.Geissler@skzl.verwaltungsberlin.de

Anmeldung
 Anmeldeformular und
 Ablaufplan unter Aktuelles auf
 unserer Seite
www.berlin.de/fbmskzl/europa

MOEPlus –
 die Berlin/Brandenburger
 Informationsbörse zu Mittel-
 und Osteuropa sowie der
 GUS.
 Sie finden MOEPlus unter
www.berlin.de/europa

Weitere Informationen
 unter 90 26 23 96/22 46.





Kommunale Aufsichtsratsmitglieder: Rechte, Pflichten, Haftung, Strafbarkeit

von Roland Schäfer, Bernd Roreger



240 Seiten
29,80 EUR
ISBN 3-8012-0341-7
Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
Dreizehnmorgenweg 24
53175 Bonn
www.dietz-verlag.de

Laut Gesetz hat die kommunale Ebene öffentliche Aufgaben zu erfüllen, die von der Abfall- und Abwasserbeseitigung bis zum Kultur- und Sportangebot reichen. In der gegenwärtigen finanziellen Situation gehen die Gemeinden verstärkt dazu über,

diese Aufgaben von privatwirtschaftlichen Unternehmen, Stiftungen oder Vereinen wahrnehmen zu lassen.

Dabei müssen die Kommunen aber einen angemessenen Einfluss behalten, der über den Aufsichtsrat der jeweiligen privatwirtschaftlichen Unternehmung ausgeübt wird.

Doch bei kommunalen Vertretern in den Aufsichtsratsgremien wie

auch in den Kommunen selbst herrscht häufig eine erhebliche Unkenntnis und Unsicherheit hinsichtlich der Rechte und Pflichten, wie auch des Risikos der Haftung oder Strafbarkeit bei der Wahrnehmung der Kontrollfunktion. Eine Vielzahl von Gesetzen und rechtlichen Regelungen ist dabei zu beachten. Roland Schäfer, Jurist und Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Bernd Roreger, dortiger Stadtrechtsdirektor haben mit ihrer Praxiserfahrung einen rechtlich fundierten und praxisorientierten Ratgeber geschrieben. Gegliedert nach den unterschiedlichen Rechtsformen geben die Autoren Auskunft über Zusammensetzung, Pflichten und Rechte der Aufsichtsratsmitglieder in einer AG oder einer Genossenschaft. Der Punkt Vergütung ist stets sehr kurz, die Punkte Haftung und Strafbarkeit dafür deutlich länger. Ebenso wird die aktuelle Landes- und Bundesrechtssprechung zitiert.

Sehr praktisch auch für die, die in keinem Aufsichtsrat sitzen, sind

die Übersichten, die in Kurzform die unterschiedlichen Unternehmensformen skizzieren und dabei die Aufgaben der einzelnen Beteiligten aufzeigen und auf die kommunalrechtlichen Vorschriften der Bundesländer eingehen. ■

Impressum

punkt erscheint 6 x jährlich
unentgeltlich
ISSN 1434-3991

Herausgeber und Bezugsadresse

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Arbeit und Frauen
Referat I E – Europäische
Strukturfondsförderung
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin

Telefon (0 30) 90 13 70 27
Telefax (0 30) 90 13 75 20

E-Mail

punkt@senarsozfrau.verwalt-berlin.de

Internet

www.berlin.de/punkt

Redaktion

Torsten Budäus

Konzeption und Realisation

SPREE-PR, Berlin

Fotonachweis

Archiv, T. Budäus, Europäische Kommission, Europäische Gemeinschaften, Privat, SPREE-PR/Lichtenberg, Petsch; Waldschütz, YOU Messe

Layout und Titel

SPREE-PR/G.Schulz

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gezeichnete Beiträge und Leserzuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Jeglicher Nachdruck von Beiträgen (auch auszugsweise) ist nur mit Quellenangabe gestattet und bedarf der Zustimmung des Autors. Die Zusendung eines Belegexemplars ist erforderlich. Für eingesandte Manuskripte, Vorlagen, Cartoons und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

punkt wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

V.i.S.d.P. Peter Gut

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

September/Oktober 2003, 12. Jahrgang
Ausgabe 60, im Oktober 2003

ZU RECHT BEFRAGT

Gerichtsstand im Arbeitsrecht

Am 2. September hat das Europäische Parlament die Initiative des Königreichs der Niederlande abgelehnt, das Gemeinschaftsrecht dahingehend zu ändern, dass Arbeitgeberklagen zur Auflösung eines Arbeitsvertrages zukünftig auch vor Gerichten am Ort der gewöhnlichen Arbeitnehmertätigkeit durchgeführt werden könnten. Die Niederlande hatten den Antrag eingebracht, da inzwischen viele niederländische Staatsbürger in Belgien und Deutschland wohnen, aber weiterhin in den Niederlanden arbeiten. Gegenwärtig sind

Arbeitgeber in der EU verpflichtet, Klagen im Zusammenhang mit Arbeitsverträgen in dem Land einzureichen, wo der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat. Niederländische Unternehmen müssen also gegen niederländische Staatsbürger, in einem anderen Mitgliedstaat Anklage erheben, weil die betreffenden Arbeitnehmer sich entschieden haben, jenseits der Grenze in Belgien oder Deutschland zu wohnen. Damit entsteht die Situation, dass deutsche und belgische Gerichte niederländisches Recht anwenden müssen, was sich auf die

niederländischen Arbeitgeber und möglicherweise auch auf die betroffenen Arbeitnehmer nachteilig auswirken kann. Das geltende EU-Recht (Verordnung 44/2001) hat diese Regelung zum Schutz der Arbeitnehmer 2001 eingeführt, um in sensiblen Vertragsbeziehungen die schwächere Partei zu schützen. Die geltende Rechtssetzung wird jedoch nach fünf Jahren von der EU-Kommission überprüft.

Die Entscheidung des Europäischen Parlaments ist im Internet unter www.europarl.eu.int abrufbar.

